

Die Politisierung der Europäischen Zentralbank

Roland Vaubel¹

Vor zwei Wochen berichteten Bloomberg und das Wall Street Journal, dass EZB-Präsident Draghi einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten auf einer Klausurtagung verraten hat, ein Quantitative Easing werde es so schnell nicht geben. Dieser Vorfall wurde scharf kritisiert. Er beleuchtet schlaglichtartig die Kumpanei, die sich zwischen dem EZB-Chef und den Politikern der Euroländer eingeschlichen hat.

Laut Geschäftsordnung darf der EZB-Präsident auch zu den Sitzungen der Eurogruppe eingeladen werden. Von dieser Möglichkeit wird ausgiebig Gebrauch gemacht. Draghi hat schon mindestens fünfzehnmal an den Ministertreffen teilgenommen. Oft beteiligt er sich auch an der anschließenden Pressekonferenz. Auf dem Gipfeltreffen der Eurogruppe im März 2013 trug er sogar eine Präsentation vor. Außerdem war er bei mindestens sieben Sitzungen des Europäischen Rates anwesend.

Vergleicht man diese Praxis mit dem, was vor der Währungsunion üblich war, so wird deutlich, wie sehr die EZB ins Schlepptau der Politik geraten ist. Zwar konnte auch zu D-Mark-Zeiten der Präsident der Deutschen Bundesbank vom Bundeskanzler in eine Kabinettsitzung eingeladen werden. Aber das kam extrem selten vor. Einmal wurde Bundesbank-Präsident Emminger 1979 vor der Errichtung des Europäischen Währungssystems von Bundeskanzler Helmut Schmidt nach Bonn zitiert, ein anderes Mal ^ó vor der Euro-Einführung ^ó Hans Tietmeyer von Kanzler Kohl nach Berlin. Auch in den anderen Staaten, die später in die Währungsunion aufgenommen wurden, war es nicht üblich, dass der Präsident der Notenbank zu den Sitzungen der Politiker eingeladen wurde.

Am 29. Juni 2012 nahm Draghi an einer Sitzung des Europäischen Rates in Brüssel teil, über die Mario Monti, der damalige italienische Ministerpräsident, kürzlich in einem Zeitungsinterview Folgendes berichtet hat: "Ich nutzte meine gesamte Verhandlungsmacht ^ó einschließlich einer Veto-Drohung, um Zustimmung für einen scheinbar unbedeutenden Zusatz zu der Abschlusserklärung zu gewinnen. Um vier Uhr

¹ Prof. Dr. Roland Vaubel ist Inhaber des Lehrstuhls für politische Ökonomie an der Universität Mannheim. Sein Beitrag erschien ebenfalls auf der Plattform Ökonomenstimme

morgens hatten alle Regierungschefs unterzeichnet í In dem zusätzlichen Absatz steht, dass diejenigen Euro-Staaten, die ó wie Italien ó ihre Hausaufgaben gemacht haben, sich auf die Unterstützung der Europäischen Zentralbank verlassen können í Das war eine entscheidende Änderung der Spielregeln der Eurozone" (Volkskrant, 13.04.14).

In der Abschlusserklärung heißt es tatsächlich: "Die (wirtschaftspolitischen) Bedingungen sollen in einem Memorandum of Understanding festgehalten werden. Wir begrüßen, dass die EZB zugestimmt hat, als Agent für den EFSF/ESM zu dienen, indem sie effektive und effiziente Marktoperationen durchführt."

Im August 2012 reiste Draghi zu Schäuble nach Sylt, um die Einzelheiten zu besprechen. Am 6. September 2012 ó wenige Tage vor dem vorläufigen ESM-Urteil des Bundesverfassungsgerichts ó kündigte Draghi an, dass die EZB bereit sei, in unbegrenztem Umfang Anleihen der überschuldeten Mitgliedstaaten aufzukaufen. Die deutschen Verfassungsrichter sollten wissen, dass ó falls sie den EFSF und den ESM für verfassungswidrig erklären würden ó die EZB den Bailout eben vollumfänglich selbst erledigen würde.

Die EZB will nur dann unbegrenzt intervenieren, wenn der Schuldnerstaat ein Programm mit dem ESM vereinbart hat. Damit hat sich die EZB aber von den Entscheidungen der Finanzminister ó der Gouverneure des ESM ó abhängig gemacht. Wenn sie ein Programm ablehnen, darf die EZB nach ihren eigenen Regeln keine Anleihen kaufen. Das ist unvereinbar mit Art. 130 AEUV, wonach die EZB keine Weisungen von Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen "einholen oder entgegennehmen" darf. Die EZB unterwirft sich der Politik.

Von Draghis Vorgänger Jean-Claude Trichet ist bekannt, dass er auf der denkwürdigen Sitzung des Europäischen Rates vom 07./08. Mai 2010 den Bailout Griechenlands betrieb. Der Brüsseler EU-Historiker Peter Ludlow hat diese Ereignisse in zwei Arbeitspapieren minutiös dokumentiert. Gleich nachdem der griechische Ministerpräsident Papandreou sein Hilfsbegehren vorgetragen hatte, erteilte Eurogruppenchef Juncker Trichet das Wort. Trichet hatte eine Präsentation samt Charts vorbereitet und warnte so eindringlich vor einer erneuten Finanzmarktpanik, dass die anwesenden Staats- und Regierungschefs einstimmig beschlossen, sich über das Bailout-Verbot des Art. 125 AEUV hinweg zu setzen und den EFSF zu errichten.

Trichet trug seinen Teil zu dem Bailout bei, indem er am Sonntag in einer Telefonkonferenz eine Mehrheit der EZB-Ratsmitglieder überredete, dem Aufkauf griechischer Anleihen zuzustimmen. Am Montag kaufte die EZB die ersten griechischen Anleihen. Ludlow legt dar, dass der französische Präsident Sarkozy die treibende Kraft war und schon vor der Ratssitzung ein Gespräch mit Trichet führte.

Trichet wurde nach Ablauf seiner Amtszeit im Oktober 2011 zum Vorsitzenden der Group of Twenty, zum Aufsichtsratsmitglied von EADS (Airbus) und zum Verwaltungsratschef des Brüsseler Think Tanks Brueghel ernannt. Sarkozy war zu diesem Zeitpunkt noch französischer Präsident. Hätte Trichet diese Ämter auch ohne Sarkozy's Hilfe bzw. gegen seinen Widerstand erhalten?

Doch zurück zum Mai 2010. Da Griechenland die subventionierten Kredite nur unter wirtschaftspolitischen Auflagen erhalten sollte, setzte der Europäische Rat die sogenannte "Troika" ein. Sie sollte die Bedingungen mit der griechischen Regierung aushandeln und ihre Erfüllung überwachen. Zu den drei Mitgliedern gehören nicht nur je ein Repräsentant der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds, sondern auch ein Vertreter der Europäischen Zentralbank. Die EZB ist also an der hochpolitischen Mission beteiligt, den überschuldeten Mitgliedstaaten Vorschriften für die Sanierung ihrer Staatsfinanzen zu machen. Mit ihrem geldpolitischen Auftrag hat dies nichts zu tun.

Art. 130 AEUV bindet nicht nur die EZB, sondern auch die Politiker: "í die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich , nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der Europäischen Zentralbank oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen". Diese Bestimmung scheint in Paris und Rom nicht bekannt zu sein. Wiederholt haben italienische Ministerpräsidenten, französische Minister und jetzt auch der neue französische Premierminister Valls die EZB öffentlich zu einer expansiveren Geldpolitik aufgerufen. Belangt wurden sie dafür nicht.

Geldpolitik ist eine makroökonomische Aufgabe. Die Zentralbank sollte nicht zwischen Banken oder zwischen Mitgliedstaaten diskriminieren. Sie sollte wettbewerbsneutral sein. Wenn dieser Grundsatz aufgegeben wird, ist der Politisierung der Geldpolitik Tür und Tor geöffnet. Dadurch, dass die EZB nur die Anleihen ausgewählter

Mitgliedstaaten aufgekauft hat, ist sie zum Handlanger politischer Koalitionen geworden. Die Sonderkonditionen der Emergency Liquidity Assistance (ELA) privilegieren die Banken einiger Mitgliedsländer; sie verzerren den Wettbewerb und laden zur politischen Beeinflussung ein.

Da die EZB nun auch die größten Banken beaufsichtigen und die Abwicklung einzelner Banken in Gang bringen soll, wird sie noch größeren politischen Pressionen ausgesetzt sein. Dazu passt, dass die EZB den jetzt anlaufenden "Asset Quality Review" in Frankreich, Italien und Spanien nicht selbst durchführt, sondern an die nationalen Bankenaufseher delegiert hat. Die "Altlasten" der Banken wird man auf diese Weise kaum aufdecken können. Sie werden vom Abwicklungsfonds der Eurozone übernommen werden. Die gleiche EZB-Mehrheit, die in der Vergangenheit die Regierungen und Banken der überschuldeten Mitgliedstaaten durch Anleihekäufe und fragwürdige Kredite gestützt hat, wird diesen Banken auch in Zukunft als Aufsichtsbehörde keine Schwierigkeiten machen.

Prof. Dr. Roland Vaubel ist Inhaber des Lehrstuhls für politische Ökonomie an der Universität Mannheim. Sein Beitrag erschien ebenfalls auf der Plattform Ökonomenstimme.